

In: **medico international (Hg.) (2002):** Ungeheuer ist nur das Normale:
Zur Ökonomie der neuen Kriege. medico international
166 S., 10,- Euro, ISBN 3-935964-05-6

Konfliktverschärfung durch Drogenökonomie

Der Krieg der Reichen gegen die Armen in Kolumbien

von Dario Azzellini

Vorbemerkung:

Der folgende Beitrag wurde im Oktober 2001 erarbeitet. Im Mai 2002 fanden in Kolumbien Wahlen statt, was die ohnehin schon brisante Lage im Land weiter verschärfte.

Am 26. Mai 2002 gewann der rechtsextreme Álvaro Uribe Vélez die Präsidentschaftswahlen mit 52% der Stimmen. Allerdings lag die Wahlbeteiligung lediglich bei knapp 50%, zudem wurden viele Stimmen für Uribe Vélez von den Paramilitärs mit der Waffe in der Hand erzwungen, direkter Wahlbetrug ist ebenfalls weit verbreitet. Uribe Vélez profilierte sich im vergangenen Jahr als Hardliner und forderte wiederholt den Abbruch der Gespräche mit der Guerillabewegung FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens) und den Einmarsch der Armee in die entmilitarisierte Zone. Er gilt als Pate der Paramilitärs und ist in das Drogengeschäft verwickelt.

Wenige Tage nach der Amtsübernahme folgte eine Offensive der kolumbianischen Armee und die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dazu gehören Sonderermächtigungen für Polizei, Militär und Justiz, die weitere Willkürhandlungen und schwere Übergriffe erwarten lassen. Darüber hinaus wurde eine »Notsteuer« erlassen, mit der die Militärausgaben um fast 800 Mio US\$ erhöht werden sollen. Zudem wurde mit dem Aufbau einer Struktur von 100.000 Hilfspolizisten und Hilfssoldaten begonnen, 10.000 Polizeibeamte wurden neu eingestellt und zwei neue »Mobile Brigaden« der Armee mit jeweils 3.000 Soldaten gebildet. Die USA erhöhten die Militärhilfe.

International regte sich bisher kaum Widerstand gegen den rechtsradikalen Uribe Vélez, allein die Menschenrechtsbeauftragte der UNO äußerte schwere Bedenken gegen seine Pläne »eine Million Zivilisten gegen die Guerilla zu bewaffnen«.

In Kolumbien herrscht seit über einhundert Jahren Krieg. Dafür steht auch die Geschichte der Militärs unter den Buendía im Roman *Hundert Jahre Einsamkeit* von Gabriel García Márquez. Ein Krieg gegen die Bevölkerung. Ein Krieg der Reichen gegen die Armen. Dieser gnadenlose Krieg der kolumbianischen Oligarchie gegen die Bevölkerung hat das Land in den Zustand eines Dauerkriegszustandes geworfen; keine Generation hat jemals Frieden erlebt. In keinem anderen Land Lateinamerikas fallen mehr Menschen der Repression zum Opfer, nirgendwo werden mehr Massaker an der Zivilbevölkerung verübt und kein Konflikt hat so viele Flüchtlinge produziert. Zugleich sind die Spielräume für eine legale Opposition verschwindend gering. In den Bergen bei der Guerilla sind die Überlebenschancen oft höher als in einem aktiven Stadtteilkomitee. Kolumbien gehört zu den Ländern mit den weltweit schwersten Menschenrechtsverletzungen. Über zwei Millionen Binnenflüchtlinge zeugen von dem Ausmaß an Terror und Gewalt, das die Armee und die mit ihr kooperierenden Paramilitärs in dem etwa 36 Millionen Einwohner zählenden Land verbreitet. Dem Terror fallen jährlich mehr Menschen zum Opfer als während der gesamten chilenischen Militärdiktatur. Nur der geringste Teil davon ist Folge direkter Kriegshandlungen zwischen Guerilla und Militärs oder Paramilitärs. Allein zwischen 1988 und 1995 sind in Kolumbien über 16.000 Menschen, die überwiegende Mehrheit davon aus politischen Gründen ermordet

worden. 2.459 Personen wurden zu Opfern »sozialer Säuberungen«, wie sie Polizei und Paramilitärs durchführen, 1.451 Personen verschwanden.

In der Öffentlichkeit wird Kolumbien nahezu ausschließlich mit Kokain, Drogenhandel und daraus resultierender undurchsichtiger Gewalt in Verbindung gebracht. Tatsächlich haben Anbau und Handel mit Koka bzw. Kokain und in geringerem Maße auch mit Opium und Heroin praktisch keines der sozialen, politischen und ökonomischen Probleme geschaffen, mit denen Kolumbien konfrontiert ist: Sie beschränken sich darauf, sie alle »zu potenzieren und zu komplizieren« (Caballero 2000: 130).

Dem Konflikt in Kolumbien liegen drei wesentliche Faktoren zu Grunde: Zum einen die geostrategische Lage des Landes (Azzellini 1999a). Kolumbien ist der einzige südamerikanische Staat mit Zugang zu Atlantik und Pazifik und bildet gleichzeitig die Brücke zum nordamerikanischen Kontinent. Zudem mit fünf Außengrenzen ausgestattet, gilt es als Handelsknoten. Daher bestehen sowohl Pläne für einen Weiterbau der Panamericana wie auch für eine interozeanische Verbindung, die dem völlig ausgelasteten Panamakanal die Funktion als bedeutendste interozeanische Handelsroute streitig machen soll. Vorgesehen ist der Ausbau der heutigen Urwaldregion südlich von Panama zu einem Großprojekt mit Verkehrswegen, Energiegewinnung, Freihandelszonen, Aneignung der Biodiversität und der Rohstoffe usw. Auch im Hinblick auf die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone FTTA/ALCA ist die Verfügungsgewalt über das kolumbianische Territorium von großer Bedeutung.

Zudem – und das ist der zweite bedeutende Faktor – ist Kolumbien ein reiches Land, nicht die Armut, sondern Reichtum das Problem, so wie es Edoardo Galeano in seinem Buch *Die offenen Adern Lateinamerikas* für den ganzen Subkontinent formulierte. Kolumbien ist weltweit größter Exporteur von Qualitätskaffee und Smaragden, zweitwichtigster Schnittblumen- und Bananenexporteur, drittgrößter lateinamerikanischer Erdölproduzent und verfügt darüber hinaus über große Kohlevorkommen, Gold und andere Rohstoffe und die zweithöchste Biodiversität der amerikanischen Kontinente. Von den riesigen Gewinnen sieht die Bevölkerung jedoch kaum etwas, der größte Teil geht an eine winzige Minderheit in Kolumbien und an transnationale Konzerne. Heute leben 55 Prozent der Bevölkerung in Armut, 20 Prozent im absolutem Elend.

Der dritte grundlegende Faktor im kolumbianischen Konflikt ist in der Geschichte zu suchen, die dem Land ein sehr hohes Gewaltniveau und mit über 70 Toten pro 10.000 Einwohnern weltweit die höchste Mordrate beschert hat. Die kolumbianische Oberschicht reagiert auf die sozialen Widersprüche seit über 180 Jahren konsequent mit Repression, die oft die Ausmaße blanken Terrors hat, und drängt jeden Ausdruck von Dissidenz in die Illegalität. Seit 100 Jahren herrscht praktisch durchgehend Krieg. So haben auch die heutigen Guerillas ihren Ursprung in jenen liberalen Guerillas und bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen, die sich nach dem Krieg zwischen Liberalen und Konservativen angesichts der Repression unter der ersten Regierung der Konservativen Partei (1946-1953) nicht auflösten. Die Ermordung des progressiven und bei unteren Schichten sehr populären liberalen Politikers Jorge Eliécer Gaitán (der unter anderem eine umfassende Landreform forderte) im April 1948 führte zu einem als »Bogotazo« bekannten Volksaufstand und einer Periode

der Gewalt, allgemein »Violencia« benannt, die an die 300.000 Tote forderte. Nach einer strengen Militärdiktatur (1953-1957) paktierten Liberale und Konservative 16 Jahre lang die Aufteilung der Macht, was zu einem bis heute bestehenden hermetischen Zweiparteiensystem führte, das alle anderen Kräfte ausschließt und die formal älteste Demokratie des Kontinents zur bloßen Makulatur macht. Diese historischen Wurzeln erklären, warum die kolumbianische Linke und die Guerillabewegungen mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht in eine Krise gerieten. Daher haben die von Kolumbiens Präsident Andrés Pastrana öffentlichkeitswirksam inszenierten »Gespräche« mit den zwei größten Guerilla-Organisationen des Landes auch keinerlei Ergebnisse gezeigt, weder mit der 1964 entstandenen eher traditionell marxistisch ausgerichteten FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens), die mit schätzungsweise 15.000 Personen unter Waffen die größte Guerilla des Landes ist, noch mit der 1965 gegründeten zweitgrößten Guerilla ELN (Nationale Befreiungsarmee), die zwischen 6-8.000 Leute unter Waffen haben soll und guevaristische wie auch befreiungstheologische Wurzeln hat – ganz zu schweigen von mindestens vier weiteren Gruppierungen, mit denen von Seiten der Regierung keinerlei Kontakte bestehen.

Die Rolle der Drogenökonomie

Werfen wir einen Blick auf die verschiedenen Elemente des kolumbianischen Konflikts, zunächst die Drogenökonomie: Das Drogengeschäft gehört neben dem Waffen- und dem Ölgeschäft zu den bedeutenden Weltwirtschaftszweigen. In Kolumbien ist der Drogenhandel der dynamischste Wachstumsfaktor. Die Großbanken profitieren von der Geldwäsche der Narco-Dollars, das Großkapital verdient am Handel der Vorprodukte für die Kokainherstellung und am Transport. Es verwundert daher nicht, wenn Politiker, Polizei und Militärs tief in das Geschäft verstrickt sind. Nicht umsonst führte ein Prozess wegen der Annahme illegaler Drogengelder gegen die gesamte vorhergehende Regierung unter Ernesto Samper und viele Kongressabgeordnete zur Verurteilung zahlreicher hochrangiger Politiker (außer Samper selbst, der sich vom Parlament die Immunität zusichern ließ). Auch der paramilitärische Apparat unter der Führung von Carlos Castaño kann nur Dank der Einnahmen aus dem Koka-Geschäft finanziert werden.

Die enorme Einträglichkeit des Drogenbusiness ist vorwiegend in der Drogenverbotspolitik begründet, durch die der Risikogewinnanteil im illegalen Drogengeschäft auf 95 bis 99 Prozent steigt. Zwar ist Kokain eines der wenigen landwirtschaftlichen Exportprodukte, das vom Anbau über die Verarbeitung bis zum internationalen Vertrieb nicht von transnationalen Konzernen aus den Industrieländern kontrolliert wird – »Das Drogengeschäft ist der einzige lateinamerikanische Multi«, wie der ehemalige peruanische Präsident Alan Garcia einst sagte (*The Economist* 8.10.1988) –, doch verbleiben vom Gewinn gerade einmal zehn bis fünfzehn Prozent in den Erzeugerländern, während die restlichen Einnahmen in den Industrieländern abgeschöpft werden (Azzellini 1999b). Eine genaue Aussage, wie viel Drogengelder tatsächlich in die kolumbianische Ökonomie einfließen, ist aus offensichtlichen Gründen zwar kaum zu treffen, doch dass allein im Laufe des Jahres 1993 Bankkonten und Anlagen von Drogenunternehmern aus Medellín mit einem Gesamtwert von 1,4 Milliarden US\$ eingefroren wurden (Menzel 1997: 135), gibt eine Vorstellung über das Ausmaß. Verschiedenen Schätzungen schwanken zwischen 1,5 und 7 Mrd. US\$ Deviseneinnahmen jährlich (Lessmann 1996: 203), was angesichts des Volumens der Gesamtökonomie einen wesentlich kleineren Anteil am BIP ausmacht (zwischen drei und 14 Prozent) als etwa in Bolivien oder Peru.

Die meisten Schätzungen gehen von etwa sechs Prozent des BIP und einem ebenso hohen Arbeitsplatzanteil aus (Krauthausen 1991: 114).

Trotz der Ungenauigkeit solcher Zahlen lässt sich feststellen, dass Drogen nicht das wichtigste kolumbianische Exportprodukt darstellen. Dennoch wurden jahrelang zweistellige Milliardensummen akkumuliert und größtenteils in Ländereien, Immobilien, Luxuskonsumgüter und Dienstleistungen investiert. Das Vermögen der Drogenbourgeoisie soll bereits Anfang der 90er Jahre mehr als 30 Prozent des gesamten kolumbianischen Reichtums inner- und außerhalb der Landesgrenzen ausgemacht haben (Krauthausen 1991: 113).

Der gesamte Drogenhandel agiert kaum noch als streng hierarchisch geordnetes Großkartell, dessen Machtzentren auszuschalten wären, sondern erweist sich zunehmend als komplexe und dezentrale Unternehmensstruktur. Die illegalen Strukturen der Drogenhändler entsprechen eher den Organisationsmustern postfordistischer, transnationaler Konzerne. Sie agieren auf der Basis von »just in time«, »outsourcing« und Subunternehmertum. So operierte auch das »Cali-Kartell« als modernes dezentralisiertes Unternehmen transnational, war mit modernsten Geräten und Techniken ausgestattet, unternahm Marktanalysen, entwickelte neue Verkaufsstrategien und neue Produkte sowie Produktionsabläufe (Azzellini 1999b).

Auf dem Drogenmarkt existieren ebenso wie auf Märkten legaler Produkte Käufer und Verkäufer, Groß- und Kleinhändler, Makler, Importeure und Verteiler, Preise, Bilanzen und Profite und – was selten vorkommt – Verluste. So wie andere Geschäfte ist auch der Drogenhandel primär auf Profitmaximierung ausgerichtet. Das Geschäft teilt sich in Wettbewerbssektoren (Kokabauern, kleinere Aufkäufer der Kokapaste, Groß- und Kleinhändler des Endprodukts) und einen oligopolistischen Sektor, der sich im Wesentlichen in den Händen einer begrenzten Anzahl von kolumbianischen Exporteuren befindet. Die Strukturen des oligopolistischen Sektors sind Motor des gesamten Geschäfts, wobei die Personen, die diese Strukturen ausfüllen – wie in der legalen Wirtschaft – frei austauschbar sind. Daher führt ihre Verhaftung auch nicht zum Ende des Drogengeschäfts. So berichtete ein FBI-Agent über den Kokainhandel Medellíns, die Managementhierarchie sei meist fließend, Positionen wie Organisationszugehörigkeit wechselnd und auch eigenständige Nebengeschäfte fänden statt. Teilweise schließen sich mehrere Drogenunternehmen zusammen, um gemeinsame Großinvestitionen vorzunehmen. Die Vertriebsstrukturen der Oligopole werden auch unabhängigen Produzenten gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt. An der Spitze des zellenartig organisierten Konglomerats des Cali-Kartells steht ein »Rat der Unternehmer«, der sich um legale Investitionen des Clans kümmert, Geldwäsche sowie Einrichtung der Laboratorien und Vertrieb der Drogen koordiniert.

Das Fehlen juristischer Sicherheiten im Geschäftsverkehr und die hohen Gewinnspannen, die beide aus dem illegalen Status des Produktes resultieren, unterscheidet Kokain (und weitere Drogen) von anderen Produkten. Gewalt erscheint daher aus unternehmerischer Sicht als ein notwendiges Mittel zur Regulierung des Handels. In Medellín hatte sich als Folge der Aufträge der Drogenhändler mit der Zeit eine regelrechte Todesindustrie mit geradezu lehrbuchhaften postfordistischen Organisationsmustern herausgebildet. Nach Regierungsschätzungen sind etwa 10.000 Personen in

diesem Bereich tätig, ein Viertel davon als Vermittler. Anfang der neunziger Jahre operierten in Medellín 300 Jugendbanden und mindestens 5.000 *Sicarios*, wie die Killer in Kolumbien genannt werden. Ihre Instruktionen erhalten sie von spezialisierten Vermittlungsagenturen, die den Kunden höchstmögliche Anonymität bieten, ihnen die direkte Kontaktaufnahme mit den *Sicarios* ersparen und sich nicht für die Motive interessieren. Die Jugendlichen, die die Morde letztendlich durchführen, sind dabei das letzte Glied in der »Outsourcing-Kette« und bekommen – ebenso wie die Produzenten in der legalen Wirtschaft – nur ein Trinkgeld in Relation zum Auftragsvolumen. Nach der Zerschlagung des Medellín-»Kartells« im Dezember 1993 und des Cali-»Kartells« 1995 fächerte sich die Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien weiter auf. Nach Angaben des *Observatoire Geopolitique de Drogues* (OGD) in Paris entspricht die heutige Struktur des Kokainbusiness in Kolumbien einem dichten Netz von 2.000 bis 3.000 kleinen und 40 mittleren Organisationen, die insgesamt über mindestens 700 geheime Landebahnen verfügen sollen. Die kolumbianischen *Narcos* haben einen Großteil ihrer illegalen Gelder in legalen Unternehmen reingewaschen und treten heute diskreter als früher in Erscheinung. Zur Sicherung der eigenen Straffreiheit sind umfassende Maßnahmen notwendig. Gewalt ist dabei nicht einmal das favorisierte Vorgehen, da sie Aufmerksamkeit erregt. Daran scheiterten auch die Kokainunternehmer des »Medellín-Kartells«, die Gewalt als Instrument überstrapazierten und ihre strukturellen Grenzen zu spät erkannten. Die meisten Strukturen bauen ihre Führung auf Verwandtschaftsverhältnissen oder langjährigen Freundschaften auf, um sich eine entsprechende Vertrauensbasis zu sichern. Zu den weiteren Maßnahmen zum Schutz vor Strafverfolgung gehören auch die Sicherung von Loyalität in der Bevölkerung durch soziale Maßnahmen, die Bestechung von Behörden, Justiz und Repressionsorganen sowie die Infiltration der verschiedenen Machtebenen.

Der Plan Colombia

Mit dem 2000 beschlossenen *Plan Colombia* gibt die kolumbianische Regierung nun vor, das Drogenproblem lösen und zugleich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ankurbeln zu wollen. Präsident Pastrana lancierte für den *Plan Colombia* mit einem vorgesehenen Gesamtumfang von sieben Milliarden US\$ eine weltweite Werbekampagne. Dabei schien es kaum jemanden zu stören, dass der strategisch ungenaue Plan in mindestens drei Versionen existiert, die jeweils an der Politik der Geberländer ausgerichtet sind. So legte Pastrana seinem Kollegen Bill Clinton einen *Plan Colombia* vor, der hauptsächlich auf die militärische Karte setzt und die Guerilla als zu bekämpfende Profiteure des Drogenhandels bezeichnet, während den meisten EU-Ländern eine Fassung des Plans vorliegt, in dem der Schwerpunkt auf alternative sozio-ökonomische Projekte gelegt wird. »Es ist unser großes nationales Interesse, den Kokain- und Heroin-Fluss in Richtung unserer Grenzen zu stoppen und in Kolumbien und der Region den Frieden, die Demokratie und das Wirtschaftswachstum zu fördern«, erklärte Bill Clinton, als er eine US-Unterstützung von über 1,5 Mrd. US\$ bekannt gab. Von diesem Betrag sind allerdings nur 145 Millionen für alternative sozio-ökonomische Projekte – wie die Umstellung von Drogenanbau auf andere landwirtschaftliche Produkte – und nur 93 Millionen für »Verbesserung der Menschenrechtssituation und Justiz sowie Stärkung der demokratischen Institutionen« vorgesehen (Azzellini 2000). Als effektives Mittel gegen das Kokainbusiness ist der *Plan Colombia* also denkbar ungeeignet. Eine erfolgreiche militärische Zerschlagung des Drogengeschäfts ist ohnehin schlicht unmöglich.

Es wurde ein propagandistischer Zusammenhang zwischen Guerilla und Drogenbusiness geschaffen und die vermeintliche Narcoguerilla wurde zum Angriffsziel. Eine zentrale Rolle spielt die Drogenökonomie tatsächlich nur bei den Paramilitärs. Seitens der beiden großen Guerillas besteht ein unterschiedlicher Umgang mit dem Drogenanbau und -handel. Die ELN bezieht aus sozialen und ökologischen Gründen eine sehr strikte Haltung, versucht Bauern bei der Umstellung von Koka-Anbau auf andere landwirtschaftliche Produkte zu unterstützen und toleriert in ihren Gebieten nach Möglichkeit keinen Drogenanbau oder -handel. Sie bezieht keinerlei Gelder aus dem Drogengeschäft und zwingt die Händler zu Zahlungen an die Dorfgemeinschaften, wenn es keine Alternative zum Anbau von Drogenrohstoffen gibt. Die FARC hingegen besteuert in den von ihr kontrollierten Gebieten die Geschäfte der Händler, schützt die Kleinbauern vor den *Narcos* (Droghändler) und garantiert ihnen Verkaufspreise. Sie soll aber auch Bauern zum Koka-Anbau animiert haben und aus diesen Einnahmen ein schnelleres Wachstum finanziert haben (Zelik 2001). Das Drogengeschäft bleibt aber dennoch eine von vielen Einnahmequellen.

Die politische Intention hinter der Konstruktion einer »Narcoguerilla« ist offensichtlich. Denn weder die von der *Washington Post* öffentlich gemachte Zusammenarbeit von CIA-Agent und Geheimdienstoberst Ivan Ramírez mit der Droghändlerfamilie Castaño noch der Schmuggel von über 400 Kilo Kokain und Heroin durch die kolumbianische Luftwaffe, noch die gemeinsame Planung des Massakers von Riofrio/Valle del Cauca 1990 durch Armeeeoffiziere und das Cali-Kartell oder die Drogen-Verbindungen der Regierung Samper haben die USA jemals dazu bewegt, von einer »Narco-Regierung« oder gar einer »Narco-Oligarchie« zu sprechen.

Der *Plan Colombia* zielt auf die massive Aufrüstung der Armee, obwohl die Drogenbekämpfung eigentlich Aufgabe der Polizei wäre. Kolumbien musste nicht einmal eine Pro-forma-Erklärung unterschreiben, dass die mit Nachtsichtgeräten und hoch entwickelten Waffen ausgestatteten 30 Blackhawk- und 33 Bell-Hubschrauber, Bestandteil der Unterstützung aus den USA, ausschließlich zur Bekämpfung des Drogenhandels eingesetzt werden. Dieser Schritt wurde Mexiko noch vor wenigen Jahren abverlangt, als es wesentlich schlechter ausgerüstete Huey-Helikopter von den USA bekam. Und so kommen die Hubschrauber auch bereits in der »Aufstandsbekämpfung« zum Einsatz.

Derzeit sind die Besprühungen vermeintlicher Koka-Felder aus der Luft und nachweislich auch anderer Gebiete in vollem Gange. Wie in Vietnam wird der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden zum Bestandteil einer Kriegspolitik der verbrannten Erde. Das vom Chemiekonzern *Monsanto* unter dem Markennamen *Round-up* vertriebene Herbizid Glyphosat führt nachweislich zu schweren gesundheitlichen Schädigungen bei der betroffenen Bevölkerung, zur umfassenden Vernichtung jeglichen Anbaus und zur Verseuchung von Quellen und Gewässern. Als Ende Juli ein Zivilgericht dem Antrag verschiedener indigener Gemeinden auf ein Verbot der Besprühungen der Koka-Anbauflächen mit Glyphosat aus der Luft statt gab und eine fünfzehntägige Aussetzung der Besprühungen verordnete, drohte Ann Patterson, us-amerikanische Botschafterin in Kolumbien der Regierung, die us-amerikanische Unterstützung des *Plan Colombia* aufzukündigen. Wenige Tage später gab das Gericht wieder grünes Licht für die zerstörerischen Besprühungen: Es seien nicht die Besprühungen, die die Natur zerstörten, sondern der illegale Anbau und die weitere Verarbeitung

der Koka-Blätter, so die Begründung. Auch die Gouverneure einiger Departements im Süden des Landes fordern seit geraumer Zeit vergeblich die Einstellung der Besprühungen.

Paramilitarismus als Ordnungsfaktor

In den frühen Morgenstunden des 17. Januars 2001 kamen etwa 100 schwer bewaffnete Paramilitärs in das Dorf Chengue in der Region Sucre und trieben die Bewohner des Dorfes zusammen. Sie beschuldigten sie der Unterstützung der Guerilla und begannen sie abzuschlachten. Mit Macheten zerkleinerten sie 25 Einwohner des Dorfes und entführten weitere zehn, darunter sechs Kinder. Die Entführten wurden außerhalb des Dorfes gefoltert, und anschließend trennten ihnen die Paramilitärs mit Macheten die Gliedmaßen ab. Doch dies waren nicht die einzigen Opfer des rechten Terrors in Kolumbien an diesem Tag. Allein im Januar 2001 ermordeten Paramilitärs nach UN-Angaben 170 Personen in 26 Massakern.

Seit ihrer Entstehung vor knapp 20 Jahren ist das primäre Ziel der Paramilitärs die physische Vernichtung der sozialen Bewegungen und jeder Art von Opposition. So verlor das unter Beteiligung der Kommunistischen Partei ins Leben gerufene sozialistische Wahlbündnis *Unión Patriótica* zwischen 1985 und 1998 knapp 4.000 Aktivisten, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten. Direkten Gefechten mit der Guerilla gehen die Paramilitärs aus dem Weg; ihre Angriffe beschränken sich vorwiegend auf unbewaffnete Zivilisten. Zu ihren Opfern gehören Bauern, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten, linke Parteien und Organisationen – letztendlich alle Ansätze von Selbstorganisation – und unter dem schrecklichen Begriff »soziale Säuberung« auch Jugendliche, Obdachlose, Bettler, Straßenkinder, Homosexuelle, Prostituierte, Straßenkünstler...

Die Paramilitärs sind landesweit als AUC (*Vereinte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens*) organisiert und fassen mittlerweile über 8.000 Bewaffnete. Sie sind sozusagen der Joker im »Spiel« um die Durchsetzung der Interessen von Oligarchie, Militär, Regierung, Drogenhandel und transnationalen Konzernen. Sie würden ohne dessen Deckung nicht existieren, überschneiden sich aber sowohl personell wie auch bezüglich der Interessen. Dies lässt sich z.B. am ehemaligen Generalkommandeur der kolumbianischen Armee Harold Bedoya Pizarro verdeutlichen. Bedoya gilt als Gründer der *Antikommunistischen Amerikanischen Allianz (AAA)*, einer der frühen kolumbianischen Todesschwadronen. Bedoya, ehemaliger Militärattaché der kolumbianischen Botschaft in den USA, Absolvent der us-amerikanischen Militärschule *School of Americas* in Fort Benning (Georgia) und später auch Ausbilder dort, war während seiner gesamten Laufbahn in paramilitärische Aktivitäten und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

Die Juristenvereinigung *Comisión Andina de Juristas* stellte für 1992 fest, dass 50 Prozent der politischen Morde von Armee und Polizei und weitere 33,5 Prozent von paramilitärischen Gruppen verübt wurden. Mittlerweile gehen sogar die meisten Todesopfer auf die offiziell unabhängig agierenden Paramilitärs zurück. Sie verteidigen ebenso wie Polizei und Armee die Interessen der politischen Eliten. »Während der kolumbianische Staat seine demokratische Erscheinung wahr, haben privat finanzierte, Kapitalinteressen verteidigende Paramilitärs »das normale Funktionieren« der Gesellschaft garantiert, den Zugang zu Ressourcen erleichtert und Arbeitsmärkte »dereguliert«, indem sie Gewerkschaften regelrecht ausgelöscht haben« (Zelik 2001).

Die Paramilitärs sind bemüht, als eigenständige Konfliktpartei anerkannt zu werden. Dies würde Regierung und Armee von dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen entlasten, der Staat würde als »neutrale Kraft« erscheinen, die zwischen allen Konfliktparteien vermitteln muss. Das Ergebnis wäre eine Verhandlungslösung, die kaum soziale Veränderungen nach sich ziehen würde. Daher hat die Regierung nie ernsthafte Anstrengungen zu ihrer Zerschlagung unternommen. Der ehemalige oberste Kommandant der AUC Carlos Castaño, der im Frühjahr 2001 pro forma von seinem militärischen Führungsamt zurücktrat und »politischer Chef« der Paramilitärs wurde, erhält fast täglich Anrufe von prominenten Kolumbianern und stimmt mit ihnen seine Entscheidungen. Ein besonders gutes Beispiel für die Verquickung paramilitärischer Gewalt mit ökonomischen Interessen verschiedener Sektoren bietet das als Alternative zum Panamakanal neu aufgelegte Projekt einer interozeanischen Verbindung durch Urabá. Hier sind Paramilitärs seit Jahren aktiv, um bereits im Vorfeld günstige Bedingungen für die Durchführung des umstrittenen Großprojektes zu schaffen. Dabei profitieren auch ihre Anführer ökonomisch von der Situation. In enger Zusammenarbeit mit den Paramilitärs profitieren auch Drogenbarone von der Vertreibung und Enteignung der Kleinbauern. Etwa 4-6 Millionen Hektar fruchtbares Land sollen sie in Besitz genommen haben. Sollte es tatsächlich zum Bau der geplanten interozeanischen Verbindung kommen, liegt dieses Land entlang der Route.

Die Erschließung der Gebiete für Investoren begann 1997, als Paramilitärs ein grausames Massaker in der Gemeinde Riosucio verübten, das zur Flucht von über 30.000 der insgesamt 38.000 Einwohner des Bezirks führte. Seitdem ist vor allem der nördliche und mittlere Teil der Provinz Chocó, wo vorher keine Paramilitärs präsent waren, zu einem wesentlichen Zentrum des Terrors geworden. Die Paramilitärs ermorden und massakrieren afro-kolumbianische und indigene Gemeinden. Ihr Ziel ist die »absolute Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete und ihre Einwohner«. Ihre Vorgehensweise ist einfach; so verkünden die Paramilitärs wenn sie in ein neues Gebiet kommen öffentlich: »Wir sind von den AUC und werden in der Region bleiben. Wer uns anzeigt, ist ein toter Mann. Wir räumen restlos auf. Die Helfer der Guerilla haben 24 Stunden Zeit, die Region und das Departement zu verlassen.«² Die kolumbianische Armee hat dieser Entwicklung nicht nur zugesehen und die Paramilitärs unterstützt, sondern die Offensiven teilweise mit großräumigen Bombardements nördlicher Gebiete des Chocó aus der Luft begleitet. Der Kommandant der XVII. Brigade, General Martín Orlando Carreño, erklärte, dass die Armee »um jeden Preis verhindern wird, dass die Guerilla ihren Rückeroberungsplan konsolidieren oder in das Gebiet eindringen, in dem der interozeanische Kanal geplant ist.«³ (*El Espectador* 23.8.1998) Paramilitärs erklären ganze Dörfer und Regionen pauschal zu »militärischen Angriffszielen«. So wurde die nordkolumbianische 400.000 Einwohner-Stadt Barrancabermeja (in der Nähe der Region, deren Entmilitarisierung die ELN fordert) seit Mai 1998 gleich mehrmals zum Schauplatz von Massakern, bei denen Soldaten zunächst die Zufahrtswege in die Armenviertel sicherten und dann wenig später Todesschwadronen vorrückten, um die Viertel anhand von Listen zu »säubern«. Offiziell hat die US-Regierung die AUC 2001 in ihre »Terrorliste« aufgenommen, direkte Folgen hatte dies bisher jedoch nicht.

Kolumbien gleich Afghanistan? – Die Intervention hat schon begonnen

In den vergangenen Jahren haben die USA wiederholt mehr oder weniger offen mit einem direkteren Eingreifen gedroht. Bisher ist die US-Army jedoch nicht einmarschiert. Das bedeutet allerdings nicht, dass die USA auf eine Präsenz im Konflikt verzichten würden. Aktuell befinden sich laut Pentagon 175 bis 200 US-Militärs in Kolumbien, die der kolumbianischen Armee als Militärberater im »Kampf gegen Drogen« beistehen, sowie weitere 100 Agenten des CIA und der Antidrogenbehörde DEA. Weitere 15.000 US-Soldaten verschiedener Einheiten sind im vergangenen Jahr auf Grenzstaaten (außer Venezuela) und Länder der Karibik verteilt worden. Bis zum 1. Januar 2000 stammten mit 9.558 Absolventen die mit Abstand meisten Absolventen der berühmten US-Militärschule *School of Americas* (SOA, Fort Benning, Georgia) aus Kolumbien.

Der Krieg gegen die Bevölkerung wird zunehmend privatisiert, professionalisiert und internationalisiert. Zusätzlich zu us-amerikanischem Militärausbildern sind mindestens acht private Kriegsunternehmen verschiedener Herkunft (vornehmlich den USA) in Kolumbien aktiv. Die direkte Beteiligung internationaler privater Kriegsunternehmen in Kampfhandlungen blieb zunächst weitgehend unbemerkt, bis am 18. Februar 2001 die FARC in Caqueta, im Südwesten Kolumbiens, einen Hubschrauber der kolumbianischen Polizei traf, der die Besprühung von angeblichen Koka-Feldern aus der Luft begleitete. Dabei handelt es sich häufig um Operationen, an denen das Personal jeweils zur Hälfte aus kolumbianischen Militärs oder Polizisten und us-amerikanischen Militärs, DEA-Angehörigen, Söldnern oder privat angeheuerten »Experten« besteht. Nachdem der verletzte Pilot eine Notlandung vornehmen musste, kam ein mitfliegendes »Rettungsteam« des Unternehmens *DynCorp* und evakuierte den Piloten und seine Begleiter. Die vier us-amerikanischen Retter, allesamt mit M-16 Maschinengewehren bewaffnet, lieferten sich dafür Gefechte mit der Guerilla. Der verletzte Pilot, Giancarlo Cotrino, war ebenfalls kein Kolumbianer, sondern von *DynCorp* für die Besprühung angeheuert worden. *DynCorp* ist ein US-Unternehmen aus Reston, Virginia, das logistische Aufgaben für Militäroperationen übernimmt und traditionell eng mit der US-Armee zusammenarbeitet. *DynCorp* ist an den Besprühungen beteiligt und stellt die dafür notwendigen Fachkräfte wie Piloten, Mechaniker und medizinisches Personal ein. Die Piloten sind ein kleiner Teil der 355 formal als Zivilisten geltenden Mitarbeiter von *DynCorp* in Kolumbien.

Auch das us-amerikanische Kriegsunternehmen MPRI, das von ehemaligen hochrangigen US-Militärs geführt wird und bei Pentagon-Sitzungen stets als Gast eingeladen wird, ist mit etwa 300 Ausbildern und Personal in Kolumbien tätig. Bei ihren Aktivitäten verschwimmen einerseits die Grenzen zwischen der Ausbildung von Militärs und Paramilitärs und andererseits die zwischen beratender Tätigkeit und direkten Eingriffen in Kampfhandlungen.

Gemäß eines vom US-Kongress verabschiedeten Gesetzes zur Verhinderung der »Vietnamisierung Kolumbiens« darf die Präsenz us-amerikanischen Personals im Rahmen des *Plan Colombia* die Zahl von 500 Militärangehörigen und 300 angeheuerten Privatpersonen nicht überschreiten. Doch auch wenn Unternehmen wie *DynCorp* und MPRI diese Bestimmung damit zu umgehen versuchen, dass etwa die Hälfte ihres in Kolumbien aktiven Personals aus anderen Ländern stammt, dürfte die zulässige Anzahl dennoch weit überschritten sein. Schließlich sollen außer *DynCorp*, MPRI und dem

für die Privatwirtschaft tätigen Unternehmen *Defense Systems Limited* noch fünf weitere Söldner- bzw. Kriegsunternehmen in Kolumbien aktiv sein.

Transnationale Konzerne spielen mit

Neben den Sicherheitsorganen sind auch eine Reihe transnationaler Unternehmen in den schmutzigen Krieg involviert. Als erster Fall wurde die Beteiligung des Erdölkonzerns *Texaco* beim Aufbau paramilitärischer Gruppen in der Region um Puerto Boyacá ab 1983 bekannt. Anfang der neunziger Jahre erhoben Gewerkschaften gegen den Schweizer Multi *Nestlé* den Vorwurf, während der Tarifverhandlungen Paramilitärs für die Liquidierung von Gewerkschaftern eingesetzt zu haben. Der gleiche Vorwurf wird aktuell gegen *Coca-Cola* erhoben. Ein solches Vorgehen ist in Kolumbien von Unternehmerseite nicht unüblich. Die schwersten Vorwürfe in den vergangenen Jahren richteten sich jedoch gegen Erdöl- und Goldunternehmen wie den US-Goldmulti *Corona Goldfields*, das us-amerikanische Erdölunternehmen *Occidental* und *British Petroleum*, die das britische Söldnerunternehmen *Defence Systems Limited* mit dem Schutz der Erdölanlagen und der Erhaltung des Betriebsfriedens beauftragt haben.

Auch die Paramilitärs griffen von Anfang an auf ausländische, vorwiegend israelische Militärberater zurück. Eine zentrale Rolle kam den israelischen Söldnern um Yair Klein zu. Klein, der 1988 auch die nicaraguanische *Contra* in Honduras trainierte und zehn Jahre später beim Sturm auf die Hauptstadt von Sierra Leone in Westafrika als Militärberater dabei gewesen sein soll, kam 1986 auf Initiative des Bananen-Unternehmerverbandes *Uniban* nach Kolumbien. Der kolumbianischen Staatsanwaltschaft zufolge kontaktierte *Uniban* einen gewissen Ytzhak Maerot Shoshani, der als Vertreter einer israelischen Rüstungsfirma dem kolumbianischen Verteidigungsministerium Waffen verkaufte. Maerot Shoshani wiederum trat in Verbindung mit Yair Klein, der offensichtlich mit staatlicher Unterstützung nach Kolumbien einreiste – sein Grenzübertritt wurde am Flughafen nicht registriert. Klein bildete unter anderem die Paramilitärs aus, die im März 1988 mehrere Massaker auf Bananenplantagen verübten.

Im Frühjahr 1999 wurde bekannt, dass auch französische Polizeieinheiten kolumbianische Spezialtruppen der GAULA (Anti-Entführungseinheit der Armee) in Antiguerrilla-Taktiken ausbildeten. Doch selbst diese breite Koalition von Militärs, Polizei, Privatindustrie, Kriegsunternehmen und Paramilitärs scheint die »Ruhe im Land« nicht herstellen zu können und so tauchen FARC, ELN und auch die AUC auf der nach dem 11. September veröffentlichten »Terrorliste« der US-Regierung auf.

Noch Anfang 2001 schrieb die konservative *Rand Corporation*: »The implications of the U.S. assistance program for Colombia are that the United States, by taking the lead in mustering international support for Plan Colombia, has increased its political stake in Colombia. If the Pastrana administration falters, either in its counter-narcotics or counter-insurgency approach, the United States would be confronted with an unpalatable choice. It could escalate its commitment, to include perhaps an operational role for U.S. forces in Colombia, or scale it down, which could involve some significant costs, including a serious loss of credibility and degradation of the U.S. ability to muster regional support for its counter-narcotics and political objectives« (Rand 2001: 69f).

Dieser Fall scheint nun – im Schatten des Krieges gegen Afghanistan – eingetreten zu sein. Philip Reeker, Sprecher des US State Department, schließt zwar eine direkte US-Militärintervention in Kolumbien aus, doch zugleich betont Francis Taylor, Leiter der Abteilung Antiterrorismus der gleichen Behörde, in Kolumbien und anderen Ländern Lateinamerikas werde eine ähnliche Strategie zum Tragen kommen wie von den USA in Afghanistan verfolgt. Bezüglich der Guerillas und der Paramilitärs »werden wir alle Mittel unsere nationalen Macht, und wenn angebracht, die Militärmacht anwenden, um ihre Aktivitäten zu stoppen.« Der Generalkommandeur der kolumbianischen Streitkräfte Fernando Tapias betonte, Kolumbien brauche keine Intervention ausländischer Truppen. »Wir bieten unsere Kräfte und fordern Unterstützung in den Bereichen Ausbildung, technischer Beistand und geheimdienstliche Tätigkeiten«, so Tapias nach verschiedenen Treffen mit US-Militärs in Washington im Oktober 2001. Tapias zeigte sich zufrieden: »Seit dem 11. September hat sich die Situation geändert. Sie [die US-Amerikaner] verstehen uns jetzt besser, da sie die Auswirkungen dieser Mischung aus Terrorismus und Drogen, die so schwerwiegende Folgen für die Menschheit hat und unter der wir seit Jahren leiden, selbst erleben« (Maseri 2001).

Gespräche zwischen Regierung und Guerilla

Die FARC verfügt seit November 1998 über eine von der Regierung für Gespräche mit der Guerilla-Organisation entmilitarisierte 42.000 km² große Zone im Süden des Landes. Ein relativ dünn besiedeltes Gebiet mit der Fläche der Schweiz und dem Namen Caguán. Hier finden – mit einigen Unterbrechungen – Gespräche zwischen Delegationen der FARC und der Regierung über verschiedene Themen statt, die bisher noch keine konkreten Ergebnisse zeigten. Auch mehrere öffentliche thematische Versammlungen zur Diskussion mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften wurden hier von der FARC veranstaltet.

Die Regierung verlängerte den Status der entmilitarisierten Zone immer nur knapp vor dem Ablauf und drohte wiederholt mit ihrer Aufkündigung. Das Muster ist immer das gleiche: Es werden Vereinbarungen getroffen, die von keiner der beiden Seiten eingehalten werden. Die Regierung sagt in schöner Regelmäßigkeit die Bekämpfung der Paramilitärs und die Einstellung der Besprühungen aus der Luft und die FARC einen Verzicht auf Entführungen zu. So auch bei der jüngsten Verlängerung im Oktober 2001, als die Situation zu eskalieren drohte, nachdem die Armee in das entmilitarisierte Gebiet eingedrungen war und zwei FARC-Angehörige erschossen hatte, und die Regierung die FARC der Ermordung einer ehemaligen Ministerin bezichtigte.

Die Errichtung einer entmilitarisierten Zone für Verhandlungen mit der ELN wurde hingegen von der kolumbianischen Regierung bisher faktisch verweigert, die Gespräche im Verlauf des Jahres 2001 endgültig abgebrochen. Die ELN fordert die Entmilitarisierung dreier Landkreise mit einer Gesamtfläche von 4.725 Quadratkilometern im Süden Bolívars, eines ihrer traditionellen Gebiete. Erste Vorgespräche darüber fanden im Mai 1998 auf Vermittlung der deutschen Bischofskonferenz und der Kohl-Regierung statt. Seitdem hat die Regierung mehr die Entmilitarisierung des Gebiets zugesagt und sogar Abkommen bezüglich der Verfahrensweise unterschrieben. Doch die Regierung Pastrana hielt sich an keine der Vereinbarungen.

In den entmilitarisierten Gebieten sollen sowohl Gespräche zwischen der ELN und der Regierung sowie die seit 1996 von der ELN vorgeschlagene »Nationale Konvention« statt finden. Diese soll zu fünf verschiedenen Themenkomplexen jeweils eine Woche lang tagen und in Arbeits- und Diskussionsforen die Möglichkeit bieten, die Vorstellungen der Guerilla zu präsentieren und mit Delegierten aller gesellschaftlichen Kräfte über gesellschaftliche Alternativen zu debattieren. Die ELN misst den Gesprächen unter den verschiedenen sozialen Kräften mehr Bedeutung zu als Verhandlungen mit der Regierung. Teilnehmen sollen über 300 Delegierte: Gewerkschafter, Vertreter auch regierungsnaher Bauernverbände, der schwarzen Gemeinschaften und Indigenas, aller politischer Parteien, verschiedener sozialer Bewegungen sowie der regionalen Zivilversammlungen für den Frieden, der Exilierten u.a.

Die Entmilitarisierung des Gebiets ist in weite Ferne gerückt, nachdem die Regierung alle vorherigen Zusagen zurückzog, obwohl ein im Dezember 2000 unterzeichnetes 88-Punkte-Abkommen bereits alle Einzelheiten der Entmilitarisierung enthielt. Anfang 2001 wurde unter dem Titel *Operación Bolívar* eine große Offensive des Militärs in dem zu entmilitarisierenden Gebiet eingeleitet. Die Armee arbeitete dabei in Einheit mit den Paramilitärs, die über 1000 Bewaffnete in das Gebiet zogen und allein in Barrancabermeja in den ersten sechs Monaten über 600 Menschen ermordeten. Die Dörfer und Siedlungen in der Region wurden von der Luftwaffe bombardiert und die Herbizid-Besprühung wurde verstärkt; sogar Gebiete ohne Drogenanbau wurden besprüht. Nach Abbruch der Gespräche wurden die militärischen Aktivitäten in der Region weiter verstärkt. Die ELN erklärte ihre Bereitschaft zu weiteren Gesprächen mit dem nächsten Präsidenten (s.o.).

Für einen wirklichen Friedensprozess bleiben schwerwiegende Hürden. Dazu gehören der Paramilitarismus, die Hochrüstung des kolumbianischen Militärs, der als Drogenbekämpfung getarnte Krieg gegen die Opposition im Rahmen des *Plan Colombia* und die absolute Verweigerung der kolumbianischen Oligarchie zu tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Dies ist die Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden, darin sind sich Guerilla, die die meisten Basis- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften einig. Die Erfahrung vergangener Friedensabkommen etwa der in den 70ern und lehrt, dass sich nicht nur die Situation weiter verschlechtert hat, sondern dass zudem jene, die die Waffen abgegeben hatten und versuchten, legale politische Spielräume auszufüllen, in das Visier der Todesschwadronen gerieten und dafür mit dem Leben bezahlten. Daher auch die Weigerung der FARC und ELN über eine Abgabe der Waffen zu verhandeln.

Bisher hat sich die Regierung Pastrana nicht von vorhergehenden Regierungen unterschieden; während sie vordergründig ihren Einsatz für den Frieden erklärt, treibt sie gleichzeitig politische Reformen voran, um das kolumbianische Zweiparteiensystem festzuschreiben und spitzt das neoliberale Wirtschafts- und Sozialmodell in Absprache mit dem IWF immer weiter zu. In der gleichen Logik erklärte auch der Generalkommandeur der kolumbianischen Armee General Fernando Tapias, die Militärs würden Kriegshandlungen durchführen, um Frieden zu bringen. Tapias hatte auch angekündigt seine Truppen befänden sich in Bereitschaft, um die FARC-Zone zurückzuerobern und drohte: »Wenn Präsident Pastrana die entmilitarisierte Zone verlängert,

respektieren wir die Entscheidung, übernehmen aber keinerlei Verantwortung für das was dort passieren kann«.

Wie gefährlich es ist, sich in diesem Zusammenhang gegen eine militärische Lösung auszusprechen, zeigt das Beispiel der *Notables*, einer dreiköpfigen Kommission, sollte ein Dokument mit Vorschlägen zum Friedensprozesses mit der FARC zu erarbeiten. Das Ergebnis wurde Anfang Oktober veröffentlicht und nannte unter anderem einen Waffenstillstand zwischen Regierung und FARC und die uneingeschränkte Bekämpfung der Paramilitärs durch Militär und Guerilla als eine Grundvoraussetzung für einen Frieden. Noch am Tag der Veröffentlichung gingen zwei der drei Kommissionsmitglieder aufgrund schwerwiegender Todesdrohungen ins Exil.

Anmerkungen

- 1) Von den Douglas-Flugzeugwerken 1948 gegründete US-Stiftung zur Förderung von „welfare and security“.
- 2) Das Beispiel bezieht sich auf Anfang April 1997 im Erdölfördergebiet bei Casanares.
- 3) In dem Gebiet wurden erst vor wenigen Jahren weitere bedeutende Erdölvorkommen entdeckt, die von der britischen Erdölfirma BP ausgebeutet werden. Diese arbeitet wiederum eng mit den Paramilitärs zusammen und trägt zu ihrer Finanzierung bei.

Literatur

Azzellini, Dario und R. Zelik 1999: Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln

Azzellini, Dario 1999a: Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Kanalbauprojekts, in: Azzellini/Zelik 1999

Azzellini, Dario 1999b: Ökonomische Interessen und Gewalt am Beispiel des Drogenhandel und aufstrebende Bourgeoisie, in: Azzellini/Zelik 1999

Azzellini, Dario 2000: Massive US-Militärhilfe, SoZ 2.3.2000

Azzellini, Dario 2001: Kein Strom für Medellín, in: Jungle World 22./29.8.2001

Caballero, Antonio 2000: Drogas: la guerra de la Dependencia.

Krauthausen, Ciro (Hg) 1991: Koka – Kokain, München

Lessmann, Robert 1996: Drogenökonomie und internationale Politik, Frankfurt a. M.

Maseri, Sergio Gómez 2001: E.U. descarta intervención militar en Colombia, in: El Tiempo 16.10.2001

Menzel, Sewall H. 1997: Cocaine Quagmire – Implementing the U.S. Anti-Drug policy in the North Andes-Colombia, Lanham / New York / Oxford

MPRI 2000: Pentagon pays retired brass to evaluate Colombian military, www.mpri.com

Rand Corporation 2001: Columbian Labyrinth, (Internet Edition www.rand.org)

Zelik, Raul 2001: Der Plan Colombia. Anti-Drogendiskurs e und US-Hegemonialpolitik in der Andenregion, in: Prokla Nr. 124

Der Autor

Dario Azzellini ist Diplompolitologe, Autor und Übersetzer. Als freier Journalist und Fotograf für Printmedien, Radio und Fernsehen tätig. Mitarbeiter der Zeitschrift Arranca. Mitglied im Rat und

Mitarbeiter des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und der Lateinamerika AG der
Stiftung Umverteilen.